

Ein halbes Jahr Elektro-Gesetz – Umsetzung in Landeshaupt- und Großstädten (> 500.000 EW)

Die Deutsche Umwelthilfe hat in den Monaten Mai und Juni die Entsorgungsbetriebe oder öRE der 16 Landeshauptstädte sowie sechs weitere große Städte mit mehr als 500.000 EW zur aktuellen Umsetzung des ElektroG befragt – also insgesamt 22 Städte. Im September wurde die Befragung aktualisiert, zudem umfangreiche Recherchen auf den jeweiligen Internetseiten durchgeführt. Die getroffenen Aussagen beziehen sich auf den genannten Zeitraum. Es wurden ausschließlich die Erfassung und kommuneneigene Aktivitäten erfragt, der Weitertransport zum Verwerter und die tatsächliche Verwertung geschieht in der Verantwortung der Hersteller und war nicht Bestandteil der Befragung. Die Frage nach der Verwertungsqualität ist an anderer Stelle gesondert zu betrachten.

In den Interviews wurde folgendes erfragt:

- Wie ist das **örtliche Erfassungssystem** organisiert (Hol-/ Bringsystem)?
- Welche **Änderungen** sind mit dem 24.03.2006 (Stichtag zur Umsetzung) organisatorisch vollzogen worden?
- Werden **Sperrmüll- und Elektrogeräte** (Großgeräte) getrennt abgeholt?
- Welche **weiteren Möglichkeiten zur Rückgabe** haben die Bürger in Ihrer Stadt, z.B. im Handel und sonstigen Verkaufsstellen, sozialen Einrichtungen, Verschenkbörsen?
- An **wie vielen Wertstoff-/Recyclinghöfen** können die Bürger in Ihrer Stadt Elektro-Altgeräte zurückgeben?
- Führen Sie **Selbstvermarktung** durch, wenn ja, für welche Gruppe?
- Haben Sie **Sozialbetriebe in das Entsorgungssystem eingebunden**, wenn ja, in welcher Form?
- In welcher Menge (einwohnerbezogen) wurden in den vergangenen Jahren, beginnend ab 2002 Elektro-Altgeräte (**Erfassungsquoten**) erfasst?
- Welche **Aktivitäten** haben Sie **zum Beginn der Sammlung** am 24.03. 2006 vor Ort durchgeführt, z.B. Pressemitteilung, neuer Info-Flyer, etc.?

Alle angesprochenen Stellen erteilten konstruktiv und bereitwillig Auskunft. Die Erfahrungen der verschiedenen Kommunen bei der Umsetzung des Gesetzes, z.B. die Besucheraufkommen auf den Wertstoffhöfen sind ebenso vielfältig wie die Bandbreite der Konzepte hinsichtlich der organisatorischen Neuausrichtung der Elektrogerätesammlung und der Informationsarbeit der Kommunen/öRE für die Verbraucher. Deutlich zeigte sich, dass vor allem die Städte, die bereits vor der Umsetzung des ElektroG funktionierende kommunale Strukturen zur Erfassung von Altgeräten besaßen, auch nach dem Stichtag die besten Ergebnisse erzielten. Besonders positiv sind die Städte Mainz und Frankfurt (Main) hervorzuheben.

Gliederung für die nachfolgende Darstellung:

1. **Verbraucherfreundlichkeit** der Erfassungssysteme,
2. **Selbstvermarktung** und **Einbindung sozialer Einrichtungen** mit in das örtliche Entsorgungssystem.
3. **PR-Arbeit** im Vorfeld des Stichtages 24.03.2006 bzw. über das Informationsangebot zu den neuen Regelungen insgesamt,
4. **Weitere Aspekte** (Erfassungsquoten, Erfahrungen...)
5. **DUH-Bewertung** der Ergebnisse

1. Verbraucherfreundlichkeit der Erfassungssysteme und Rückgabemöglichkeiten

In allen befragten Städten bestand bereits vor der Umsetzung des Elektro-Gesetzes eine Struktur zur Rücknahme von Elektro-Altgeräten, diese wurde soweit wie möglich mit dem Stichtag 24. März 2006 in den Kommunen beibehalten bzw. teilweise um die Gerätegruppe 5 erweitert. Die spürbarste Änderung für die Bürger vor Ort war und ist, dass die Rücknahme der Geräte aus Haushalten jetzt kostenfrei erfolgt. In Einzelfällen verunsicherte dies die Bürger vor Ort, es fiel ihnen schwer, den Wegfall der Gebühren zu glauben.

Dichte der Sammelstellen

Überwiegend werden die Wertstoffhöfe in der Verantwortung der Kommunen oder kommunaler Gesellschaften (kommunale Eigenbetriebe, Stadtwerke o.ä.) betrieben, teils in der Verantwortung der so genannten Beauftragten Dritten, so beispielsweise in Schwerin.

Die kostenlose Rücknahme von alten Elektrogeräten auf Sammelstellen bzw. Wertstoffhöfen ist für die Städte Pflicht, allerdings differiert die Dichte der Wertstoffhöfe.

Tabelle 1: Einwohnerbezogene Anzahl der Sammelstellen in den befragten Städten (Fußnote 1)

< 500.000 EW – 1 Sammelstelle/ n EW		> 500.000 EW – 1 Sammelstelle/ n EW	
Mainz	19.230	Leipzig	25.000
Schwerin	24.390	Bremen	38.460
Kiel	58.820	Hannover	58.820
Erfurt	66.660	Nürnberg	62.500
Wiesbaden	66.660	Dresden	71.430
Magdeburg	76.920	Dortmund	100.000
Saarbrücken	90.900	München	100.000
Potsdam	142.860	Frankfurt	100.000
		(Main)	
		Hamburg	111.110
		Stuttgart	142.857
		Düsseldorf	200.000
		Essen	333.330
		Berlin	333.330
		Köln	500.000
Median	66.660	Median	111.110

Tabelle 2: Flächenbezogene Anzahl der Sammelstellen in den befragten Städten
(Angabe in „ein Wertstoffhof/ n km²“ gerundete Werte)

< 500.000 EW 1 Wertstoffhof/ n km ²		> 500.000 EW 1 Wertstoffhof/ n km ²	
Mainz	9,8	Leipzig	14,9
Kiel	29,4	Bremen	23,3
Schwerin	32,2	Nürnberg	23,3
Wiesbaden	50,0	München	41,7
Magdeburg	66,6	Frankfurt	24
		(Main)	
Saarbrücken	83,3	Dortmund	47,6
Erfurt	91,0	Dresden	47,6
Potsdam	200	Hamburg	47,6
		Stuttgart	77,6
		Düsseldorf	71,4
		Berlin	91,0
		Essen	100
		Hannover*	125
		Köln	200
Median	58,8	Median	47,6

* das Einzugsgebiet des aha Hannover ist mit 2300 km² das größte der untersuchten Gebiete

¹ Daten zu Einwohnerzahlen und Gebietsflächen der Kommunen/öREs von www.wikipedia.de sowie aus dem Abfallwirtschaftskonzept 2005 des aha Hannover

In den betrachteten Städten mit einer Einwohnerzahl (EW) kleiner 500.000 werden im Mittel für jeweils 67.000 EW ein Wertstoffhof¹ eingerichtet. Städte mit mehr als 500.000 EW haben durchschnittlich einen Wertstoffhof für 100.000 EW. Ein deutlich dichteres Netz als der Durchschnitt haben Mainz und Schwerin, sowie Leipzig und Bremen (Tabelle 2).

Betrachtet man die Anzahl der örtlichen Wertstoffhöfe in Bezug auf die Flächen der Gebietskörperschaften so liegt der Durchschnitt bei einem pro ca. 5 km². Hier liegen die Städte Mainz, Leipzig, Bremen, Nürnberg und München sehr deutlich über diesem Mittelwert (Tabelle 3).

Es zeigen sich bei den Städten mit hoher Wertstoffdichte in beiden Betrachtungen sehr ähnliche Ergebnisse. Verwunderlich ist, dass Berlin trotz hoher Einwohnerzahl und –dichte in beiden Fällen weit unter dem Durchschnitt liegt. Auch Köln und Essen gehören zu den Schlusslichtern bei der Dichte der Sammelstellen. Hannover zeigt auf Grund der großen Flächenausdehnung bei der Betrachtung in Bezug auf die Einwohnerzahl und der Fläche sehr unterschiedliche Ergebnisse.

Bequemste Lösung: Holsysteme

Außer der Gerätesammlung auf den Wertstoffhöfen bieten alle befragten Städte die verbrauchernahe Erfassung „frei Haus“ an. Jedoch auch dieser Service ist sehr unterschiedlich ausgestaltet (Tabelle 3).

Als einziges bietet die Stadt Nürnberg den Holservice für alle Gerätearten an (4,54 Prozent aller befragten Städte). In 13 Städten (59,1 Prozent) werden ausschließlich große Geräte kostenlos abgeholt, in 8 Städten (36,4 Prozent) ist die Abholung kostenpflichtig.

Auch der Begriff „kostenfrei“ hat nicht immer die gleiche Bedeutung. In einigen Städten ist das Abholen nur ein bzw. zwei Mal im Jahr kostenlos, weitere Abholungen werden in Rechnung gestellt. Die Altgeräte werden häufig gemeinsam mit dem Sperrmüllservice der Kommunen erfasst.

Tabelle 3: Holsysteme in den befragten Städten

< 500000	Schwerin	Kostenpflichtig	> 1000000	Berlin	kostenpflichtig
	Erfurt	Kostenfrei Große Geräte		Dortmund	kostenpflichtig
	Kiel	Kostenfrei Große Geräte		Dresden	kostenpflichtig
	Mainz	Kostenfrei Große Geräte		Hamburg	kostenpflichtig
	Potsdam	Kostenfrei Große Geräte		Hannover	kostenpflichtig
	Saarbrücken	Kostenfrei Große Geräte		Leipzig	kostenpflichtig
	Wiesbaden	Kostenfrei Große Geräte		München	kostenpflichtig
	Magdeburg	Kostenfrei Große Geräte		Essen	Kostenfrei, Große Geräte
				Stuttgart	Kostenfrei Große Geräte
				Bremen	Kostenfrei Große Geräte
				Nürnberg	Kostenfrei alle Gerätearten
				Frankfurt (Main)	Kostenfrei Große Geräte
				Düsseldorf	Kostenfrei Große Geräte
				Köln	Kostenfrei Große Geräte

Schadstoffmobil für die Erfassung von Kleingeräten

77 Prozent der befragten Städte setzten das so genannte Schadstoffmobil ein, über das neben haushaltsüblichen Schad- oder Problemstoffe wie Lösemittelfarben, Lacke, etc. auch Leuchtstoffröhren und Energiesparlampen recht verbrauchernah erfasst werden. Einige Kommunen, z.B. Kiel oder Düsseldorf nehmen außerdem Kleingeräte bei dieser Sammlung entgegen oder planen, dies in Kürze einzuführen (AWB Köln, Herbst 2006). Der Schadstoffmobil-Service wird in den verschiedenen Städten sehr unterschiedlich gehandhabt: In Potsdam, Hamburg und Köln werden an je rund 100 Haltestellen entsprechende Rückgabemöglichkeiten eingerichtet, die Abholung erfolgt teilweise monatlich. Anderenorts fährt das Mobil

zwar häufiger, hält jedoch an weniger Haltepunkten. Im Durchschnitt der befragten Kommunen wird etwa eine mobile Sammelstelle je 7,7 km² eingerichtet. Berücksichtigt man die Größe der kommunalen Entsorgungsgebiete, so ist insbesondere in Potsdam, Erfurt, Kiel und Wiesbaden (< 500.000 EW) sowie in Frankfurt (Main), Köln, Stuttgart und Dresden (> 500.000 EW) die Sammlung über das Schadstoffmobil besonders verbraucherfreundlich geregelt (Tabelle 4). Die Städte Berlin, Dortmund, Bremen, Leipzig und Nürnberg haben keinen Schadstoffmobil-Service. Für die Stadt Nürnberg ist jedoch anzumerken, dass auch Kleingeräte „frei Haus“ mit der Sperrmüllsammlung mitgenommen werden und dieser Service noch verbraucherfreundlicher ist als das Schadstoffmobil.

Wenig positiv fällt auf, dass die Städte Leipzig, Dortmund und Berlin eine kostenfreie Holsammlung noch ein Schadstoffmobil eingerichtet haben. Berlin hat darüber hinaus auch kein besonders dichtes Netz an Wertstoffhöfen.

Tabelle 4: Flächenbezogene Anzahl der mobilen Sammelstellen für Schadstoffe in den befragten Städten (Angabe in eine Sammelstelle/ n km² gerundete Werte)

< 500.000 EW 1 Sammelstelle/ n km ²		> 500.000 EW 1 Sammelstelle/ n km ²	
Potsdam	1,92	Frankfurt	3,57
		(Main)	
Erfurt	3,22	Köln	4,17
Kiel	3,84	Stuttgart	4,16
Wiesbaden	4,00	Dresden	5,0
Mainz	5,00	München	6,25
Saarbrücken	7,14	Hamburg	7,14
Magdeburg	10,00	Düsseldorf	8,33
Schwerin	12,50	Essen	16,67
		Hannover*	100
		Berlin	0
		Dortmund	0
		Bremen	0
		Leipzig	0
		Nürnberg	0
Median	4,34	Median	11,11

* das Einzugsgebiet des aha Hannover ist mit 2300 km² das größte der untersuchten Gebiete

Weitere Initiativen

In einigen Städten werden Kleingeräte auch direkt in Ämtern gesammelt, wie der Bezirksverwaltung in Düsseldorf oder im Abfallamt Magdeburg, um die Wege für Verbraucher zu verkürzen.

Einzelne Großstädte haben bereits im Vorfeld zur Umsetzung des ElektroGs mit großer Sorgfalt versucht, Bürger für die komplexen Zusammenhänge der Kreislaufwirtschaft gerade am Beispiel der Entsorgung von Elektrogeräten und damit auch zur Vermeidung von Abfällen zu sensibilisieren. Besonders erwähnenswert sind hier beispielsweise die Reparaturtage in

Mainz Anfang Februar, bei denen defekte Haushaltsgeräte kostenlos repariert wurden oder auch eine ähnliche Aktion in Kiel unter dem Namen „noch zu retten!“ Zusätzlich werden die Bürger darüber informiert, dass gebrauchsfähige Altgeräte im Jugendaufbauwerk abgegeben werden können, wo sie aufgearbeitet und weiter vermarktet werden. Eine weitere Aktion zur Abfallvermeidung der Kieler Kommune ist die Handysammlung, etwa zwei Drittel der gesammelten Geräte können auf diese Weise nochmals verwendet werden.

Auch die Städte Nürnberg und Frankfurt (Main) legen einen starken Fokus auf die Aufarbeitung und Wiederverwendung von Altgeräten.

Andere Kommunen wie Berlin betreiben im Internet Tausch- und Verschenkbörsen, mit deren Hilfe noch verwendungsfähige Geräte neue Besitzer finden.

In Mainz werden aktuell die Möglichkeiten zur Einbeziehung des örtlichen (Fach-) Handels zur Rücknahme auf freiwilliger Basis geprüft.

In Leipzig werden darüber hinaus seit etwa einem Jahr mit der „Gelben Tonne Plus“ Elektrokleingeräten haushaltsnah in einem Abfallbehälter (gemeinsam mit DSD) erfasst. Über die Verwertungsqualität der auf diese Weise gesammelten Geräte konnte keine Auskunft erteilt werden.

2. Einbindung von Sozialbetrieben in das Entsorgungssystem/ Selbstvermarktung

Mehr als die Hälfte der befragten Kommunen vermarkten eine oder mehrere Gerätegruppen in eigener Verantwortung. Hiervon wird in der überwiegenden Mehrzahl die Gruppe 1 (Haushaltsgroßgeräte) selbst vermarktet, gefolgt von der Gruppe 3 (Unterhaltungselektronik, Bildschirmgeräte) und der Gruppe 5 (Haushaltskleingeräte, elektr. Werkzeuge). In der Regel wird eine Gruppe dann selbst vermarktet, wenn sich die Verwertung der Fraktion wirtschaftlich darstellen lässt und/ oder wenn soziale Einrichtungen vor Ort eingebunden werden. Als gelungene und nachahmenswerte Beispiele erachtet die DUH insbesondere die Kooperationen der Stadt Frankfurt (Main) mit der Werkstatt Frankfurt e.V. und der Stadt Nürnberg und dem örtlichen Verband des Bayerischen Roten Kreuzes (BRK).

Genau die Hälfte der befragten Kommunen hat soziale Einrichtungen bzw. Betriebe verschiedenster Ausrichtungen in das örtliche Entsorgungssystem eingebunden. Es handelt sich hierbei sowohl um kirchliche Einrichtungen, wie z.B. das Christliche Jugenddorfwerk Deutschlands e. V. (Dortmund) als auch um kommunale (Werkstatt Frankfurt e.V.) oder soziale Beschäftigungsinitiativen (Trägerverein Planung und Technik e.V. Schwerin; Lebenshilfe e.V., Dresden; Genossenschaft der Werkstätten, Magdeburg; Weißer Rabe, Con-job, Linus GmbH und Anderwerk Lernwerkstatt, alle München). In Nürnberg werden die kommunalen Wertstoffhöfe vom Bayerischen Roten Kreuz (BRK) betrieben, die Betriebskosten werden von der Stadt bzw. vom Abfallwirtschafts- und Stadtreinigungsbetrieb Nürnberg übernommen, erwirtschaftete Erlöse verbleiben beim örtlichen BRK-Verband.

Tabelle 5: Einbindung von Sozialbetrieben in den befragten Städten

Potsdam	nein	Frankfurt (Main)	ja, Werkstatt Frankfurt e.V.
Erfurt	nein	Köln	nein
<i>Kiel</i>	<i>Ja, Arbeitsloseninitiative, Drogenhilfe</i>	Stuttgart	<i>ja, Neue Arbeit gGmbH (ab Okt.)</i>
Wiesbaden	nein	<i>Dresden</i>	<i>ja, Lebenshilfe e.V.</i>
Mainz	nein	<i>München</i>	<i>ja, verschiedene</i>
Saarbrücken	?	Hamburg	nein
<i>Magdeburg</i>	<i>ja, Genossenschaft der Werkstätten</i>	Düsseldorf	nein
<i>Schwerin</i>	<i>ja, Trägerverein Planung und Technik e.V.</i>	Essen	nein, zu teuer
		Hannover	nein
		<i>Berlin</i>	<i>ja, Behindertenwerkstätten</i>
		<i>Dortmund</i>	<i>ja, Christliches Jugenddorfwerk e.V.</i>
		Bremen	nein
		<i>Leipzig</i>	<i>ja, Behindertenwerkstatt</i>
		<i>Nürnberg</i>	<i>ja, Bayrisches rotes Kreuz</i>

3. PR-Arbeit und Informationen im Vorfeld des Stichtages 24.03.2006

Voraussetzung dafür, dass Altgeräte verwertet werden ist, dass sie überhaupt in der Sammlung ankommen. Die Verbraucher müssen deshalb über die neuen Regelungen informiert werden, insbesondere über die Pflicht zur getrennten Erfassung von Elektro-Altgeräten. Das ElektroG sieht in § 9 Abs. 2 vor, dass die Kommunen /öREs diese Pflicht übernehmen und die notwendigen Informationen bereitstellen.

Printmedien

Die meisten befragten Städte verbreiteten die Informationen überwiegend über Printmedien. In Einzelfällen verzichteten die Städte auf eigene Veröffentlichungen, mit der Begründung, dass die Verbraucher über Funk und Fernsehen bereits hinreichend über den Starttermin der getrennten Erfassung am 24. März informiert worden seien.

Nahezu alle Städte erstellten und verbreiteten weitergehende Informationen zur getrennten Erfassung von Elektro-Altgeräten durch besondere Info-Faltblätter (Flyer), über erweiterte

Abfallkalender oder über örtliche Amtsblätter in Sonderausgaben zum Stichtag 24.03.2006. Die Info-Materialien wurden überwiegend auf den Wertstoffhöfen an die Haushalte direkt, in den Rathäusern der Kommunen oder über die Kunden- oder Beratungszentren der Kommunen bzw. öREs verteilt. Die Qualität und das Layout der bereitgestellten Informationen lassen auf stark differierende Budgets schließen. So fiel z.B. die BSR Berlin durch eine qualitativ hochwertige und ausführliche Informationsbereitstellung auf. Alle befragten Kommunen/öREs geben im Rahmen der allgemeinen Abfallberatung telefonisch Auskunft zur Altgerätesammlung.

Internet

Auf allen Internetseiten der Kommunen/öREs wurden Informationen zur Entsorgung von Elektro-Altgeräten bereitgestellt. Viele Kommunen/öREs wiesen zur Zeit der Recherchen direkt auf den ersten Seiten des Umwelt- oder Abfallbereiches auf die Verwertung von Elektroschrott bzw. Elektro-Altgeräten hin, so z.B. der Abfallwirtschaftsbetrieb Kiel oder der Abfallwirtschaftsbetrieb Köln. Häufig werden auf den Startseiten bereits die gemäß § 9 Abs. 2 ElektroG geforderten Informationen zu den neuen Regelungen bereitgestellt (Adressen der Wertstoff-/Recyclinghöfe, betroffene Geräte, Rückgabepflicht; Organisatorisches zur Rückgabe). Auf den Unterseiten wurden diese konkretisiert und auch zum Download bereitgestellt. Die Abfall- und Entsorgungsbetriebe Kiel, Stuttgart, Essen und Stadt Erfurt geben zur Orientierung außerdem umfangreiche Gerätelisten für die fünf Sammelgruppen heraus.

Hervorzuheben sind darüber hinaus einzelne Internetangebote wie in Kiel, Bremen und Dortmund), die den Bürgern eine Abfrage der nächstgelegenen Rückgabestellen in den Städten oder von Terminen der örtlichen Schadstoffsammlung (u.a. für Energiesparlampen/Leuchtstoffröhren) über Suchroutinen ermöglichen. Von der FES Frankfurt (Main) werden darüber hinaus nützliche Informationen zur Elektro-Altgerätesammlung anspruchsvoll dargestellt und hervorgehoben. Online-Anmeldeformulare im Internet für die Abholung von Großgeräten (Weiße und Braune Ware) sind mittlerweile bereits fast flächendeckend Standard.

4. Weitere Aspekte

a. Erfassungsquoten

Die statistische Erfassung von Elektroschrott in den Kommunen ist in den verschiedenen Städten bisher sehr uneinheitlich erfolgt. Insbesondere Haushaltsgroßgeräte (Weiße Ware, Gruppe 1) wurden bisher vielfach aufgrund des hohen Metallgehalts gemeinsam mit dem Metallschrott erfasst und deshalb nicht als E-Schrott deklariert. Ausgehend von den vorliegenden Daten betragen die in den vergangenen Jahren erfassten E-Schrott-Mengen in den befragten Städten im Durchschnitt bei 3,5 kg je Einwohner und Jahr. (Tabelle 6)

Die Stadt Nürnberg sammelte bereits vor der Einführung der getrennten Erfassung über 4 Kilogramm je Einwohner und Jahr, dabei wurden die Geräte der Gruppe 1 nicht miteinbezogen. Die Städte Hannover und Kiel haben ebenfalls die Weiße Ware-Geräte getrennt von den restlichen Elektrogeräten statistisch erfasst, es wurden über 3 Kilogramm je Einwohner und Jahr an restlichen Elektroaltgeräten gesammelt. Die Angaben für die übrigen Städte erfolgen auf Grundlage von Schätzungen. Es ist davon auszugehen, dass in allen befragten Städten die geforderte Erfassungsquote von 4 kg pro Einwohner und Jahr überschritten werden.

Tabelle 6: Einwohnerbezogene Erfassungsquoten in den befragten Städten im Jahr 2004 (Angabe in kg/EW*a gerundete Werte)

< 500.000 EW		> 500.000 EW	
Potsdam	4,8 [#]	Essen	4,5 ^Ä
Schwerin	4,6 ^Ä	Frankfurt (Main)	4,5 ^Ä
Saarbrücken	4,25 [#]	Stuttgart	4,3 [#]
Mainz	4 ^Ä	Nürnberg	4,1*
Erfurt	4 ^Ä	München	4 ^Ä
Wiesbaden	4 ^Ä	Hamburg	4 ^Ä
Kiel	3,5*	Köln	4 ^Ä
Magdeburg	3,4 [#]	Hannover	3*
		Düsseldorf	3 ^Ä
		Berlin	3 ^Ä
		Dresden	2,98*
		Dortmund	2,66 [#]
		Bremen	2,3*
		Leipzig**	k.A.
Median	4,0	Median	3,5

*: ohne Weiße Ware (Gruppe 1 +2)

#: mit Weißer Ware

Ä: geschätzt, mit Weißer Ware

** : keine Angaben

b. Erfahrungen der Kommunen/öREs in den ersten Monaten

Fast alle befragten Kommunen beklagten im Frühjahr, dass seit dem 24. März die Behälter-gestellung bis zu diesem Zeitpunkt andauernd erhebliche Mängel aufwies und zudem logisti-sche Probleme auftreten würden. In der Folge konnte insbesondere in der ersten Woche die Rücknahme/Lagerung von Elektro-Altgeräten nicht vorschriftsmäßig gewährleistet werden. Beispielsweise seien im Vorfeld zu wenig Behälter für die Gruppe 3 bestellt worden.

Bei der Befragung der Kommunen im September herrschte im Gegensatz zur ersten Befra-gung Zufriedenheit bei den Kommunen/öREs. Die logistischen Probleme seien gelöst, die Bereitstellung und Abholung der Container laufe mittlerweile reibungslos. Mittlerweile sei das Elektro-Gesetz für die Kommunen bereits Alltag geworden und werde auch von den Bürgern gut angenommen. Insbesondere seien viel mehr kleine Elektrogeräte gesammelt worden.

In einigen Städten kam es direkt nach dem Startdatum am 24. März zu dem erwarteten „Run“. Hannover sah sich beispielsweise kurzzeitig gezwungen, Höfe zu schließen. Im Nor-den der Republik waren die Wertstoffhöfe teilweise überfüllt. Der Starttermin fiel in einigen Gegenden auf das erste frühlingswarme Wochenende, was Gartenbesitzer dazu motivierte, ihren Abfall auf den Wertstoffhöfen zu entsorgen. Anderenorts haben die Bürger über Jahre

alte Geräte gehortet und den Starttermin als Anlass genommen, um die Keller von alten Elektrogeräten zu entrümpeln.

Einzelne Kommunen/öREs erklärten allerdings, dass es aufgrund der eigenen guten Vorbereitung, insbesondere auch durch die gute Zusammenarbeit mit sozialen Einrichtungen die Abläufe auf den Wertstoffhöfen nicht beeinträchtigt wurden.

Explizit auf das Elektro-Gesetz ausgerichtete PR-Arbeit ist in den meisten Städten nicht geplant, es wird erst einmal abgewartet. Die Informationen wurden in die allgemeinen Broschüren (Abfallkalender, Abfallratgeber) mit aufgenommen.

Kritisch

Entgegen der Gesetzesvorgaben werden die Geräte an den Annahmestellen nicht auf Wiederverwendbarkeit geprüft, sondern alles was auf dem Wertstoffhof ankommt direkt an den Entsorger weitergegeben. Einzig positive Ausnahme ist hier die Stadt Nürnberg. Dort werden die Wertstoffhöfe vom bayrischen Roten Kreuz betrieben und alle eingehenden Geräte zunächst auf ihre Funktionsfähigkeit geprüft.

Bei Geräten, die über den Sperrmüll gesammelt werden, geschieht die Prüfung auf Wiederverwendbarkeit nicht ganz so selten. Problematisch ist jedoch zunehmend, dass Geräte, die auf der Straße zur Abholung bereitstehen, verstärkt beraubt werden. Aus kleineren Kommunen ist bekannt, dass diese deshalb von festen Abholterminen Abstand genommen haben und nur noch nach Anmeldung abholen.

Mehrere Befragte äußerten sich kritisch über das System zur Abholung, da die Container von wechselnden Entsorgern ausgetauscht würden. Auf Grund dessen fehle der Bezug und damit der verbindliche Kontakt zu den Dienstleistern.

Es wurden Stimmen laut, dass dieser Sachverhalt auch Ursache sei für die abnehmenden Verwertungsstandards, insbesondere bei den zerbrechlichen Bildschirmen und Kühlschränken, die klimaschädliche Kühlmittel enthalten.

5. DUH-Bewertung

Aus Sicht der DUH ist eine kostenlose Abholung von Altgeräten die verbraucherfreundlichste Lösung für die Sammlung. Zur Erreichung der vorderen Plätze beim DUH-Ranking ist eine solche deshalb unabdingbar. Ebenfalls von Bedeutung sind die Dichte der Sammelstellen, die Berücksichtigung des Aspektes Wiederverwendung und auch die Einbindung sozialer Betriebe. Die begleitende Öffentlichkeitsarbeit und kreative Initiativen zur Abfallvermeidung wurden auch betrachtet, waren in der Gesamtbewertung jedoch gegenüber der Verbraucherefreundlichkeit des Sammelservices nachrangig.

1. Platz: Nürnberg

Die Stadt Nürnberg bietet als einzige der Befragten einen kostenlosen Abholservice für alle Gerätearten an. Das Sammelergebnis von 4,1 kg pro Einwohner und Jahr ohne Großgeräte bestätigt den Erfolg der Sammlung. Zudem ist Nürnberg von den Befragten die einzige Stadt,

in der auf den Wertstoffhöfen gesammelte Geräte auf Wiederverwendbarkeit geprüft werden. Auch die starke Einbindung des Roten Kreuzes Bayern bei der Sammlung und Aufbereitung der Geräte ist ein weiterer Pluspunkt bei der Bewertung. Hinsichtlich der Dichte der Sammelstellen rangiert Nürnberg ebenfalls unter den ersten Plätzen. Insgesamt belegt Nürnberg damit den Spitzenplatz.

Platz 2: Frankfurt a.M.

Auch Frankfurt a.M. bietet eine kostenlose Abholung von Altgeräten an, allerdings ausschließlich für große Geräte. Im Gesamtkonzept kommen die Kleingeräte etwas kurz. Das Konzept für große Geräte ist vorbildlich, die Wertstatt Frankfurt e.V. als soziale Einrichtung kümmert sich seit Jahren um die Sammlung und auch die Aufarbeitung noch funktionsfähiger Geräte. Darüber hinaus verfügt die Stadt über einen Schadstoffmobil-Service mit verhältnismäßig vielen Haltestellen und ein relativ dichtes Netz an Wertstoffhöfen.

Platz 3: Kiel

Die kostenlose Holsammlung von Großgeräten ist auch in Kiel Standard. Die Stadt verfügt ebenfalls über ein gutes Netz an Wertstoffhöfen und recht viele Haltepunkte für das Schadstoffmobil. Kiel setzt sich zudem aktiv für die Abfallvermeidung ein mit Initiativen wie „noch zu retten“ zur Reparatur gebrauchter Geräte oder auch das Handy-Recycling, das eine Wiederverwendung von etwa zwei Dritteln der Geräte ermöglicht.

„Breites Mittelfeld“

Die meisten anderen befragten Städte liegen hinsichtlich ihres Sammelservices recht dicht beieinander und bilden damit ein breites Mittelfeld. Zu bemerken ist jedoch, dass die folgenden Städte ausschließlich über einen kostenpflichtigen Holservice verfügen:

Dortmund, Dresden, Hamburg, Hannover, Leipzig, München. Die Städte Dortmund und Leipzig haben zudem auch kein Schadstoffmobil und stehen damit am unteren Ende des Mittelfeldes.

22. und letzter Platz: Berlin

Berlin hat auch zum ElektroG hochprofessionelle Informationsmaterialien erstellt, diese sind jedoch nach Kenntnisstand der DUH bei den Berlinern bisher nur relativ wenig bekannt. Zudem besteht in der Bundeshauptstadt weder eine kostenfreie Hol-Sammlung, noch ein Schadstoffmobil noch ein dichtes Sammelnetz an Wertstoffhöfen. Zusammengenommen belegt Berlin damit im Gesamtranking den letzten Platz.

© Deutsche Umwelthilfe, 25. September 2006

Kontakt:

Eva Leonhardt
Projektleiterin Kreislaufwirtschaft
Hackescher Markt 4
10178 Berlin
Tel.: 030/258986-12
Fax: 030/258986-19
mobil: 0151/16716545,
E-Mail: leonhardt@duh.de